



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

POLITISCHER JAHRESBERICHT

Mitte 2003 bis Mitte 2004

Regionalbüro Arabischer Naher Osten, Ramallah

Index

Zusammenfassung

1. Jüngste Entwicklungen im Nahost-Konflikt

- 1.1 Naher Osten, ferner Frieden: Das Scheitern des Verhandlungsprozesses
- 1.2 Die „Road Map for Peace“: The road to nowhere
- 1.3 Lähmung und Verzweigung: Zur Situation in den palästinensischen Gebieten
- 1.4 Frieden durch Trennung? Der „Sicherheitszaun“
- 1.5 „Frieden ist möglich!“ – Neue Friedensinitiativen
- 1.6 Statt Friedensverhandlungen: Unilateraler Rückzug aus dem Gaza-Streifen
- 1.7 Interne Kämpfe: Politische Entwicklungen in den besetzten Gebieten
 - 1.7.1 Domestizierung der Hamas?
 - 1.7.2 Von der Befreiungsbewegung zur Staatspartei: Die Fatah
 - 1.7.3 Eine „Dritte Kraft“? – Alternativen zu Hamas und Fatah
- 1.8 Fünftes Rad am Wagen: Die Rolle der arabischen Staaten

2. Der Irak-Krieg und die Reformdebatte

- 2.1 Reaktionen auf den Irak-Krieg
- 2.2 Die Reformdebatte

3. Ausblick

Anmerkungen

Zusammenfassung

Trotz aller gegenteiligen Bemühungen haben der 11. September und der Irak-Krieg zu einer Dichotomisierung der Weltansicht nicht nur im „Westen“, sondern auch in der arabischen Welt geführt. Bei aller auch geäußerten Kritik an Al Qaida herrscht in der Region der Eindruck vor, dass die Konzentration auf die militärische Bekämpfung des internationalen Terrors die westliche Ignoranz gegenüber den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verursachungskomponenten verstärkt, wenn nicht legitimiert. Im Vordergrund der Kritik stehen die USA, denen ein kultureller, politischer und militärischer Hegemonieanspruch vorgeworfen wird, dem es an demokratischer und rechtstaatlicher Legitimation mangle und der die arabische Identität bedrohe. Die Sicht auf Europa ist demgegenüber ambivalent. Es wird durchaus wahrgenommen, dass die europäischen Ansätze im Antiterrorkampf auch die sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen in den Blick nehmen und den Versuch einer partnerschaftlichen Nachbarschaftspolitik unternehmen, die nicht auf kurzfristigen „Regime Change“, sondern strukturelle Veränderungen zielt. Doch wird im allgemeinen beklagt, dass Europa keine aktivere Rolle spielt und sich nicht stärker von amerikanischer Politik absetzt (nicht zuletzt weil ein Verständnis für die global-strategischen Implikationen des transatlantischen Verhältnisses weitgehend fehlt). Schärfere Kritiker negieren politische Unterschiede zwischen den USA und Europa, die Europäer befleißigten sich lediglich eines „sanfteren Umgangs“.

Die wenig überzeugenden Initiativen der westlichen Industrienationen haben zwar die Reformdebatten wiederbelebt, doch darüber hinaus noch zu keinen konkreten Veränderungen geführt. Die reformorientierten zivilgesellschaftlichen Kräfte sind bislang in allen arabischen Gesellschaften zu schwach, um Reformen erzwingen zu können. Das Interesse des Westens an Reformen ist auf strukturelle, mittel- bis langfristige Veränderungen gerichtet, um die politische Stabilität nicht zu gefährden. Die Reformbereitschaft der politischen Eliten findet dort ihre Grenzen, wo die eigene Macht in Frage gestellt wird. Da derzeit nichts für durchgreifende Reformanstrengungen „von oben“ oder „von außen“ spricht, wird der Erfolg des Reform- und Demokratisierungsprozesses in Zukunft wesentlich von der Mobilisierungsbereitschaft der arabischen Zivilgesellschaften abhängen. Es kann hier nicht um den Entwurf neuer Forderungskataloge gehen, sondern um die Stärkung und Qualifizierung der reform- und demokratieorientierten Kräfte, um ihre Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen und die endogenen Veränderungspotentiale zu erschließen und politisch zu bündeln. Wenn auch in der letzten Zeit reformfeindliche Gegenkräfte an Bedeutung gewonnen haben, so gilt es, das Reformmomentum zu nutzen, um den Demokratisierungsprozess voranzutreiben.

An einem wirklichen politischen Gestaltungswillen fehlt es den westlichen Industriestaaten auch im Hinblick auf den Nahost-Konflikt. Trotz der dramatischen Zuspitzung der Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten ist eine umfassende friedliche Regelung des Konflikts nicht in Sicht, zumal sich die amerikanische Regierung des Präsidenten Bush zu vorbehaltlosen Unterstützung der Regierung Sharon entschieden und damit auch zu einem Scheitern der Road Map beigetragen hat. Der israelische Plan zum Rückzug aus dem Gaza-Streifen zielt zwar auf eine Festigung der israelischen Besatzung in der Westbank, könnte jedoch durch ein intensiveres internationales Engagement auch eine positive friedenspolitische Wirkung entfalten. Eine Bereitschaft für eine derartige Rolle ist allerdings weder in den USA noch in Europa erkennbar.

1. Jüngste Entwicklungen im Nahost-Konflikt

Selbst einige KritikerInnen des Irak-Kriegs und der neokonservativen amerikanischen Politik haben im letzten Jahr die – häufig – stille Hoffnung gehegt, dass der Krieg vielleicht doch die verkrusteten Konfliktstrukturen im Nahen Osten aufzubrechen vermag. Kann sich aus dem „Falschen“ etwas „Richtiges“ entwickeln? Vielleicht ein bisschen mehr Frieden in Israel/Palästina und ein neuer ernsthafter Versuch einer Verhandlungslösung? Vielleicht ein bisschen mehr Demokratie in den arabischen Ländern und ein Impuls für innere Reformen? Leider sind auch diese vorsichtigen Hoffnungen (bislang?) nicht in Erfüllung gegangen.

1.1 Naher Osten, ferner Frieden: Das Scheitern des Verhandlungsprozesses

Der israelisch-palästinensische Friedensprozess ist nach einer weitgehenden Stagnationsphase in den Jahren 1999/2000 mit dem Scheitern der sogenannten Endstatus-Verhandlungen in Camp David (Sommer 2000) zum Erliegen gekommen. Die „unangemessene Gewaltanwendung“ (UN-Resolution) der israelischen Besatzungsmacht gegenüber palästinensischen Protesten und die Ausweitung des palästinensischen Widerstands gegen die Besatzung auf terroristische Aktionen in Israel insbesondere durch unzählige Selbstmordattentate haben ebenso zu einer weiteren Eskalation des Konflikts beigetragen wie die intensiviertere israelische Politik „der harten Hand“ mit ihren außergerichtlichen Hinrichtungen militanter Vertreter der palästinensischen Widerstandsgruppen, Kollektivstrafen wie wochenlangen Absperrungen der Gebiete, Häuserzerstörungen und Ausgangssperren, einer weitgehenden Einschränkung der Mobilität der PalästinenserInnen, mit der wirtschaftlichen Strangulation der besetzten Gebiete und dem Bau der „Mauer“ etc. Alle internationalen Versuche der Eindämmung der gewaltsamen Auseinandersetzung scheiterten (Gipfeltreffen in Sharm-el-Sheich, Mitchell-Plan, Tenet-Plan, Zinni-Plan).

Diese Versuche waren zunächst primär auf eine Beendigung der Gewalt als Voraussetzung für eine Erneuerung des Verhandlungsprozesses gerichtet. Erst langsam setzte sich die Erkenntnis durch, dass nicht die Gewalt das Ende des Friedensprozesses verursacht hatte, sondern dass die gewalttätige Eskalation vielmehr eine Folge des Scheiterns des Friedensprozesses war und deshalb nur die Eröffnung einer politischen Perspektive für die Beendigung der Gewalt und neue Aussichten auf einen Verhandlungsprozess eröffnen kann. Mit der Rede des US-Präsidenten Bush vom Juni 2002 und der folgenden UN-Resolution wurde die Perspektive eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates zwar wieder ins Blickfeld gerückt, doch es gelang nicht – auch nicht mit der Road Map vom April 2003 –, Israel auf einen festen „Fahrplan“ zu einer solchen Regelung zu verpflichten.

In der israelischen wie der palästinensischen Gesellschaft haben das Scheitern des Friedensprozesses und die Gewalteskalation zu einer tiefen Enttäuschung und Verhärtung der Positionen geführt. In beiden Gesellschaften bekennt sich zwar weiterhin eine Mehrheit zum friedlichen Nebeneinander und einer Zwei-Staaten-Regelung, doch das aktuelle Sicherheits- und Vergeltungsbedürfnis führte auf beiden Seiten zu einer breiten Unterstützung der Gewaltaktionen. Beide Völker betrachten sich „als elementaren politischen Ausdruck einer Nation von Opfern und leiten aus dieser Sicht ihrer selbst eine solipsistische Selbstgerechtigkeit ab, die ihr zur Rechtfertigung brutaler Methoden dient“¹. Das – exklusiv beanspruchte – Opferbewusstsein exkulpiert: Nicht das Opfer, sondern der Täter trägt Verantwortung; nicht das Opfer, sondern der Täter muss sein Verhalten ändern, um den status quo zu verändern.

1.2 Die „Road Map for Peace“: The road to nowhere

Bereits im Frühjahr 2002 hatte sich das so genannte „Quartett“, bestehend aus den USA, der EU, Russland und den UN, gebildet, um gemeinsam Vorschläge für eine Rückkehr zur friedlichen Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erarbeiten. Gemeinsam war allen die Einsicht, dass es eines stärkeren internationalen Engagements bedürfe, um Wege aus der nahöstlichen Sackgasse zu finden. Im April 2002 legte der deutsche Außenminister einen Plan für den weiteren Umgang mit dem Konflikt vor. Es folgten intensive Gespräche auf EU-Ebene sowie auf der Ebene des Quartetts. Diese führten schließlich am 20. Dezember 2002 zur Erarbeitung einer Road Map, eines in drei Phasen gegliederten „Fahrplans zum Frieden“, der nach seiner sukzessiven Umsetzung, z.B. dem Ende der Gewalt, Wahlen und Reformen der palästinensischen Institutionen, einer internationalen Friedenskonferenz, der Einstellung der israelischen Siedlungsaktivitäten und dem Rückzug aus den besetzten Gebieten schlussendlich im Jahre 2005 auf die Errichtung eines palästinensischen Staates zielte. Aus Rücksicht auf die israelische Regierung, die Wahlen und den Irak-Krieg wurde die Road Map aber erst Ende April 2003 den Konfliktparteien offiziell übermittelt. Während die palästinensische Seite den neuen Fahrplan akzeptierte, erklärte die israelische Regierung ihre „Zustimmung“ erst auf starken internationalen Druck und aufgrund der Versicherung der US-Administration, 14 israelische Vorbehalte, mit denen allerdings wesentliche Inhalte des Plans in Frage gestellt wurden, im weiteren Verlauf „zu berücksichtigen“.

Mit der Road Map wurde der Versuch unternommen, zumindest teilweise Lehren aus dem Scheitern des Oslo-Prozesses und der unzähligen Waffenstillstandsvorschläge zu ziehen. Das Nahost-Quartett erklärte seine Absicht, sich dauerhaft in dem politischen Prozess zu engagieren, weil offensichtlich Bewegung in die

erstarrten Fronten nur durch eine Intervention von Außen gebracht werden kann. Doch wie weit dieses Engagement gehen soll, ob es z.B. auch Sicherheitsgarantien im Falle einer friedlichen Regelung umfassen würde, blieb nebulös. Immerhin wurde die jahrelange ausschließliche Fokussierung auf die Gewaltfrage aufgegeben, die bislang die Aufnahme von politischen Gesprächen von einer absoluten Ruhe- und „Abkühlungsphase“ abhängig machte. Diese israelisch-amerikanische Position überantwortete absurderweise das Schicksal des politischen Prozesses in die Hände der Terrororganisationen und ermöglichte es einer ohnehin nicht auf Endstatusverhandlungen erpichten israelischen Regierung, palästinensische Gewalt- und Terrorakte als Vorwand zu nutzen, um den politischen Verhandlungsprozess nicht wieder aufnehmen zu müssen. Um zu verhindern, dass immer wieder die eine Konfliktpartei die Umsetzung ihrer Verpflichtungen mit dem Hinweis auf die nicht erfüllten Verpflichtungen der Gegenseite verweigert, galt gemäß der Road Map nun der Grundsatz der Parallelität.

Es schien sich – zumindest im Quartett – die Einsicht durchgesetzt zu haben, dass es nicht die Gewalt der zweiten Intifada war, die zum Scheitern des Oslo-Prozesses geführt hatte, sondern dass Enttäuschung, Wut und Verzweiflung über den ergebnislosen Friedensprozess Terror und Gewalt gebaren. Die Palästinenser fühlten sich um die Friedensdividende von Oslo betrogen: Ihre Lebenssituation hatte sich dramatisch verschlechtert, die Siedlungspolitik war durch die israelischen Regierungen forciert statt gestoppt worden, ein eigenständiger Staat war in weite Ferne gerückt. Es bedurfte somit einer glaubwürdigen politischen Perspektive, um überhaupt die Chance auf ein Ende der Gewalt zu eröffnen. Der Ansatz der Road Map ist im Vergleich zu allen bisherigen Vorschlägen ein viel umfassenderer: Parallel und nicht sukzessive sollen z.B. die Sicherheitskooperation und die Lebensbedingungen der Palästinenser verbessert, die Siedlungsaktivitäten eingefroren und die gegenseitige Hetze eingestellt sowie demokratische Reformen in der palästinensischen Gesellschaft vorangetrieben, internationale Konferenzen einberufen, ein „Überwachungsmechanismus“ eingeführt und Endstatusverhandlungen begonnen werden. Das gravierendste Defizit der Road Map liegt aber sicherlich in der Unbestimmtheit ihres Ziels: Die Zwei-Staaten-Regelung wird zwar unmissverständlich benannt, doch die Prinzipien einer endgültigen Lösung werden nicht im Einzelnen dargelegt. Es fehlt jeder substanzielle Bezug auf das in Camp David immerhin Erreichte, die sogenannten „Clinton-Parameter“ vom 23. Dezember 2000 oder die Gesprächsergebnisse von Taba im Januar 2001. Spätestens in der Phase III der Road Map hätte somit eine Wiederholung von Camp David gedroht, wenn das Quartett nicht klare Vorgaben machen würde.

Zweifel an der Umsetzbarkeit der Road Map wurden allenthalben geäußert. Die israelische Regierung hat mit ihren 14 Vorbehalten das ganze Unternehmen grundsätzlich in Frage gestellt – allein die Akzeptanz der Zwei-Staaten-Regelung, die von zwei Koalitionsparteien explizit abgelehnt wird, würde die Regierung Sharon sprengen. Vor allem die israelische Regierung interpretierte die Road Map so, dass erst nach dem Ende des palästinensischen Terrors weitere Schritte zur Normalisierung eingeleitet werden könnten. Vom Einfrieren der Siedlungsaktivitäten war kaum die Rede. Nach dem Motto „Augen zu und anfangen ...“ ist jedoch unter erheblichem Druck der US-Regierung im Frühsommer 2003 mit der Umsetzung der ersten Schritte begonnen worden.

Im Mittelpunkt standen zunächst die Reformen in der palästinensischen Selbstverwaltung: Eine Verfassung wurde entworfen und – gegen den heftigen Widerstand Arafats, der seine Entmachtung befürchtete – ein Ministerpräsidentenamt geschaffen. Mit Mahmud Abbas (Abu Mazen), dem bisherigen Stellvertreter Arafats in vielen PLO-Gremien und einem der „Väter“ des Oslo-Prozesses, wurde im Mai 2003 eine Persönlichkeit ernannt, die das Vertrauen der internationalen Öffentlichkeit genoss, wenn sie auch unter den Palästinensern umstritten war. Abbas konnte sich weder im Streit um die Kontrolle der palästinensischen „Sicherheitsdienste“ gegen Arafat noch mit seiner Forderung nach ersten israelischen „Normalisierungsschritten“ gemäß der Road Map durchsetzen. Auch die anderen Reformen auf palästinensischer Seite kamen nur langsam voran. Schon zum Zeitpunkt seiner offiziellen Verkündung war somit der „Fahrplan“ nicht mehr einzuhalten. Hier zeigte sich schmerzlich, dass in der Road Map ein Sanktionsmechanismus fehlte, mit dem die Konfliktparteien zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen hätten angehalten werden können. Nach nur viermonatiger Amtszeit trat Abbas im September 2003 zurück. Damit war der Road Map die Grundlage entzogen. Zwar wird sie offiziell weiterhin als Grundlage aller Bemühungen um eine Neuaufnahme des Verhandlungsprozesses bezeichnet, doch sie wird eher beschworen als umgesetzt. Sie dient als rhetorisches Versatzstück bei passenden und – zumeist – unpassenden Gelegenheiten, zumal sich das Quartett mehr und mehr zu einer Konzertformation aus (amerikanischem) Soloinstrument mit zurückhaltender europäischer Begleitung gewandelt hat.

1.3 Lähmung und Verzweiflung: Zur Situation in den palästinensischen Gebieten

Nach längeren Auseinandersetzungen wurde schließlich Ende Oktober 2003 mit Achmed Qureia (Abu Ala) ein Vertrauter Arafats zum Nachfolger von Mahmud Abbas ernannt. Sein Amtsantritt vermochte jedoch nicht wieder Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen. Vor allem interne Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss lähmen seitdem die palästinensische Selbstverwaltung, die sich zum einen einer wachsenden Kritik wegen Korruption und Vetternwirtschaft ausgesetzt sieht, zum anderen immer weniger in der Lage ist, aufgrund der Besatzungssituation und politischen Missmanagements ihre Selbstverwaltungsfunk-

tionen auszuüben. In vielen Teilen der palästinensischen Gebiete herrscht inzwischen ein weitgehend rechtloser Zustand. Im Schatten des bewaffneten Kampfes werden private und tribale Fehden mit Gewalt ausgetragen, gegenüber (vermeintlichen) Kollaborateuren wird Lynchjustiz verübt und marodierende Banden schüchtern politische Gegner gewaltsam ein. Aber es regt sich auch Widerstand gegen die Dominanz bewaffneter Gruppen, gegen die zunehmende Rechtlosigkeit, gegen Korruption, gegen die Vermengung von „bewaffnetem Kampf“ und lukrativem Geschäft, etwa Schmuggel und beim Tunnelbau (unter der Grenze zwischen Ägypten und dem Gaza-Streifen).

Die früher zu beobachtende „Konkurrenz in größtmöglicher Militanz“ unter den extremistischen Gruppen, den militärischen Flügeln von Hamas und Fatah (Al-Aqsa-Brigaden) sowie Dschihad, ist einer zunehmenden Kooperation bei Anschlägen gewichen. Dem israelischen Militär ist es jedoch im Sommer 2004 weitgehend gelungen, der jahrelangen Serie von Selbstmordattentaten ein Ende zu bereiten – durch

a) die gezielte Eliminierung fast der kompletten Führung der militanten Gruppen – inzwischen auch der mittleren „operativen Führungskader“,

b) die weitgehende Zerstörung ihrer Infrastruktur,

c) den – wenn auch noch nicht vollendeten – Bau des „Sicherheitszauns“ sowie durch

d) eine verbesserte präventive geheimdienstliche Sicherheitsaufklärung.

Hinzu kommt, dass seit einiger Zeit in der palästinensischen Bevölkerung eine Debatte über die Legitimität der Selbstmordattentate in Gang gesetzt wurde, so dass deren Akzeptanz nachgelassen hat und eine Konzentration der bewaffneten Anschläge auf Soldaten und Siedler in den besetzten Gebieten zu beobachten ist – beides sind in den Augen der militanten Gruppen „legitime Ziele“.

Die Lebensverhältnisse in den besetzten palästinensischen Gebieten haben sich auch im letzten Jahr kontinuierlich verschlechtert. Der forcierte Bau von Mauer und „Sicherheitszaun“, die teilweise großflächige Zerstörung von Häusern, die fortgesetzte Beschlagnahme von palästinensischem Boden und die weitere Beschränkung der Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung haben zu immer katastrophaleren wirtschaftlichen Verhältnissen geführt: Die Arbeitslosigkeit beträgt 60–70%, jeder vierte Palästinenser lebt inzwischen unterhalb der Armutsgrenze, phasenweise sind Gesundheits- und Lebensmittelversorgung prekär, Unter- und Fehlernährung verbreiten sich im Gaza-Streifen, der private Konsum ist zwischen 2000 und 2003 um mehr als 33% gefallen, die Importe in die besetzten Gebiete haben um 48% abgenommen, das Durchschnittseinkommen ist um 45% gesunken². Anders als in Israel, wo auch eine Rezession herrscht, leidet der palästinensische Konsument unter einer signifikanten Inflation, besonders steigenden Transportkosten und höheren Preisen für Energie. (Die israelische Elektrizitätsgesellschaft, von der die palästinensischen Gebiete völlig abhängig sind, verkauft den Strom an palästinensische Haushalte zu höheren Preisen als in Israel³.)

Die „autonomen“ Gebiete sind besetzte Gebiete, in die jederzeit – und das bedeutet faktisch jede Nacht – israelische Kommandoaktionen eindringen (können), um „gunmen“ zu liquidieren, Funktionäre militanter Gruppen festzunehmen und Häuser zu sprengen. Das Reisen zwischen den palästinensischen Städten ist nur mit Genehmigung möglich und mit dem Passieren oft mehrerer militärischer Checkpoints und langen Wartezeiten verbunden. Einige schon eingezäunte Städte und Dörfer sind nur durch einen einzigen Checkpoint zu verlassen. Wenn Schulkinder oder Bauern die morgendliche halbstündige Zaunöffnung verpassen, dann findet für sie die Schule oder die landwirtschaftliche Arbeit an diesem Tag eben nicht statt. Entlang des projektierten Verlaufs der Sperranlage (bislang ist etwa ein Drittel errichtet) werden fast täglich Häuser oder landwirtschaftlicher Boden beschlagnahmt und Olivenhaine entwurzelt. Die Vernichtung privaten und öffentlichen Eigentums in den palästinensischen Gebieten seit Beginn der Intifada wird inzwischen auf mehrere Milliarden Schekel beziffert⁴.

Die Stimmung ist von Ratlosigkeit und Verzweiflung geprägt. Die Intifada – den „Volksaufstand“ – betreiben bewaffnete Gruppen, oft auch außerhalb der Kontrolle ihrer jeweiligen politischen Führung. Eine „virtuelle Intifada“ findet nur in den Presseerklärungen politischer Gruppierungen statt. Demonstrationen ziehen auch in der „Hauptstadt“ Ramallah meist nur wenige Hundert TeilnehmerInnen an (zumeist Mitglieder der aufrufenden Organisation). Lediglich bei Begräbnissen der so genannten „Märtyrer“ entladen sich Wut und Verzweiflung manchmal massenhaft.

Allerdings hat die Diskussion über die „Apartheidmauer“ in den letzten Monaten an Dynamik gewonnen. An verschiedenen Baustellen der Sperranlage gab es gemeinsame Demonstrationen von PalästinenserInnen und israelischen Friedensaktivisten. Besonders der aktuelle Mauerbau in Jerusalem macht die Absurdität der Sperranlage besonders deutlich: Hier wird vielfach nicht die jüdische von der palästinensischen Bevölkerung getrennt, sondern die Mauer durchschneidet palästinensische Wohngebiete, schließt PalästinenserInnen mit Jerusalemer Ausweis und Wohnberechtigung aus und gemeindet „WestbankbewohnerInnen“ ein. Der Widerspruch zwischen der Mauer als Sicherheitsanlage zwischen jüdischer und palästinensischer Bevölkerung und der Mauer als Mittel, um möglichst viel palästinensischen Boden auf der israelischen Seite einzugliedern, wird hier offensichtlich – und unauflösbar.

Zum ersten Mal planen derzeit einige palästinensische Organisationen für Ende August große gemeinsame, ausdrücklich als gewaltfrei bezeichnete Demonstrationen gegen den Mauerbau in Ramallah und Jerusalem. Ob sich hier vielleicht eine neue Dynamik entfaltet, kann noch nicht beurteilt werden.

1.4 Frieden durch Trennung? Der „Sicherheitszaun“

Die derzeit gebaute, offiziell „Trennungszaun“, von Befürwortern „Sicherheitszaun“ und von Gegnern „Apartheidmauer“ genannte Sperranlage löste in Israel und international heftige Kritik und Proteste aus, die schließlich im Dezember 2003 neben der Qualifizierung als völkerrechtswidrig zu einem Beschluss der UN-Vollversammlung führten, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag mit einer juristischen Begutachtung der Sperranlage zu beauftragen. Die israelische Regierung rechtfertigt ihre Errichtung mit dem Hinweis auf das – grundsätzlich unbestrittene – Recht und die Pflicht des Staates Israel, seine Bürger vor terroristischen Angriffen zu schützen. Der „Sicherheitszaun“, tatsächlich weitgehend ein ca. 600 bis 700 km langes System von Metallzäunen, in dicht bevölkerten Stadtgebieten wie Jerusalem jedoch eine bis zu acht Meter hohe Betonmauer, diene somit quasi der Notwehr. Die Gegner wenden zu Recht ein, dass die „Trennungsmauer“ nicht auf der so genannten Grünen Grenze, der Waffenstillstandslinie von 1949, errichtet wird, sondern vollständig auf dem Territorium der Westbank verläuft und an mehreren Punkten tief in die Westbank hineinreicht, um auf diese Weise möglichst viele jüdische Siedlungen in das Staatsgebiet Israels einzugliedern. Dadurch werden zahlreiche palästinensische Ortschaften regelrecht eingezäunt. Um auf ihre Felder, zu ihren Arbeitsstätten oder Familien, in die Schulen oder Krankenhäuser zu gelangen, müssen Hunderttausende von Palästinensern Durchlässe in der Sperranlage passieren – vorausgesetzt sie befinden sich im Besitz einer Genehmigung. Neben der Konfiszierung von weiterem Land für den Bau der Sperranlage wird das Alltagsleben für zahlreiche Palästinenser noch weiter erschwert. Der Verdacht liegt nahe, dass mit der Sperranlage nicht allein die Sicherheit israelischer Bürger verbessert, sondern auch die Annexion palästinensischer Gebiete vorbereitet werden soll.

Obwohl lediglich Israel, die USA, Mikronesien und die Marshall-Inseln in den UN der Völkerrechtswidrigkeit dieses Mauerbaus widersprochen haben, ist die Vollendung bis Ende 2005 vorgesehen, auch wenn der konkrete Verlauf noch nicht überall festgelegt worden ist. Ein bemerkenswertes Urteil des israelischen Obersten Gerichtshofs vom 30. Juni 2004 hat in einem Musterprozess den Verlauf von drei Vierteln eines 40 km langen Mauerabschnitts im Nordwesten Jerusalems für unrechtmäßig erklärt, weil der Verlauf die Bürger- und Menschenrechte der Palästinenser nicht berücksichtige. Das Gericht hat damit der israelischen Regierung zwar die eine weitgehende Ignoranz der Menschenrechte der Palästinenser bescheinigt, jedoch die Legitimität der Sperranlage nicht prinzipiell in Frage gestellt.

Dies blieb dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag vorbehalten: Erwartungsgemäß verkündete er am 9. Juli 2004 in einem Rechtsgutachten, dass der Bau auf palästinensischen Boden völkerrechtswidrig sei. Israel erkennt die Zuständigkeit des IGH nicht an, denn die zu entscheidende Frage sei eine „politische“, keine juristische. Das Urteil hat in Israel zu einem Aufschrei der Entrüstung geführt, zumal der IGH auch an die Völkerrechtswidrigkeit der Siedlungen und die jahrzehntelange Verletzung internationalen und humanitären Völkerrechts durch die Besatzung erinnert hat. Die palästinensische Seite hat das Rechtsgutachten des IGH naturgemäß gefeiert und wird den Spruch zu einer umfangreichen diplomatischen Offensive bei den UN nutzen. Derzeit ist allerdings davon auszugehen, dass der Gerichtsspruch die internationale Gemeinschaft – insbesondere die westlichen Staaten – nicht zu irgendwelchen Maßnahmen veranlassen wird.

1.5 „Frieden ist möglich!“ – Neue Friedensinitiativen

Herausgefordert durch die langanhaltende Stagnation in den Bemühungen um eine Verhandlungslösung und die perspektivlose Gewalttätigkeit der Auseinandersetzung traten in der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft eine Reihe von Initiativen an die Öffentlichkeit, um trotz Resignation und Verzweiflung der politischen Entwicklung neue Impulse zu geben: Israelische Reservisten verweigerten öffentlich den Dienst in den palästinensischen Gebieten, palästinensische Intellektuelle kritisierten die Strategie der Selbstmordattentate, israelische Militärs und ehemalige Geheimdienstchefs mahnten politische Initiativen an. Eine gewisse Breitenwirkung sollte die Initiative des Präsidenten der palästinensischen Al-Quds-Universität, Prof. Sari Nusseibeh, und des ehemaligen israelischen Geheimdienstchefs, General Ami Ayalon, haben. Bereits im Sommer 2003 veröffentlichten sie ein Papier, in dem sie die Grundlagen einer Friedensregelung zwischen Israel und den Palästinensern darlegten. Sie verstanden ihren Entwurf als Basisinitiative und warben in beiden Gesellschaften dafür, mit Unterschriften die Bereitschaft zu einer friedlichen Regelung auf der Grundlage ihres Vorschlags zu erklären. Innerhalb weniger Wochen unterzeichneten über 100.000 Israelis und etwa 80.000 Palästinenser.

Der substantiellste und auch international beachtete Vorstoß ist die „Genfer Initiative“, ein im Anschluss an die Verhandlungen in Taba im Januar 2001 von Yossi Beilin, einem der „Architekten“ des Oslo-Prozesses und ehemaligen israelischen Justizminister, und dem ehemaligen palästinensischen Kommunikationsminister Yassir Abbed Rabbo detailliert ausgearbeiteter Entwurf eines israelisch-palästinensischen Friedensvertrags⁵. Der Genfer Initiative gehören zahlreiche Politiker, Mitglieder des Sicherheitsestablishments, Wissenschaftler und Experten beider Konfliktparteien an. Anknüpfend an den Plan des damaligen US-Präsidenten Clinton sowie die Verhandlungen von Taba, macht der Vertragsentwurf zum ersten Mal bis ins Detail gehende Regelungsvorschläge für die meisten der zentralen Konfliktpunkte: die Frage der Rückkehr und Kompen-

sation der Flüchtlinge, die Teilung Jerusalems, die Aufgabe vieler Siedlungen und Beibehaltung der großen Siedlungsblöcke unter israelischer Souveränität, Gebietsaustausches, etc.

Natürlich sahen sich die Initiatoren der Genfer Initiative trotz der beispiellosen weltweiten Sympathieerklärungen vieler Regierungen heftigster innenpolitischer Kritik ausgesetzt. Ein solch konkreter Vertragsentwurf erschütterte zwei Grundannahmen der Konfliktparteien:

1. Es gibt keine akzeptablen Kompromisslösungen für die fundamentalen Streitpunkte des Konflikts.
2. Es gibt keinen Partner für ernsthafte Friedensgespräche.

Nun lag der Entwurf für ein Abkommen vor, das nicht nur beiden Seiten schmerzhaft Kompromisse abverlangte, sondern das nicht von außen aufoktroiiert worden, sondern durch bilaterale Verhandlungen zustande gekommen war. In der palästinensischen Gesellschaft sehen sich die Akteure und Befürworter der Initiative vor allem dem Vorwurf ausgesetzt, das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr „verraten“, ohne Gegenleistung den „jüdischen Charakter“ Israels anerkannt und territorial zu große Zugeständnisse gemacht zu haben. Wenn auch die öffentlichen Äußerungen zumeist von der Kritik an der Genfer Initiative geprägt waren, so hat die Initiative doch zum ersten Mal eine breitere Debatte in der palästinensischen Gesellschaft über mögliche und notwendige Kompromisse bei einer friedlichen Regelung des Konflikts herausgefordert.

1.6 Statt Friedensverhandlungen: Unilateraler Rückzug aus dem Gaza-Streifen

Scharon erkannte rasch die „Gefahr“ einer unkontrollierbaren Dynamik dieser Initiative. Um aus der politischen Defensive zu kommen, präsentierte er im Januar 2004 den Plan eines unilateralen Rückzugs aus dem Gaza-Streifen (disengagement plan) und löste damit heftigen innenpolitischen Streit aus. Scharon zielt mit seinem Disengagementplan,

- a) auf eine militärische sowie finanzielle und wirtschaftliche Entlastung Israels;
- b) auf eine Marginalisierung anderer Friedenspläne wie der Road Map oder der Genfer Initiative;
- c) durch unilaterale Rückgabe auf eine weitere Delegitimierung der palästinensischen Führung;
- d) auf eine Konzentration der Siedlungs- und Annexionsbemühungen auf der Westbank (Bau des „Sicherheitszauns“ und der Mauer, Fortsetzung der Siedlungstätigkeit, Legalisierung der „Outposts“).

Die Siedlerbewegung und die ihnen nahe stehenden Parteien – auch Teile von Scharons Likud-Partei – betrachten die Rückzugspläne nicht nur als Zurückweichen vor dem Terror der Palästinenser, sondern als illegitime Aufgabe jüdischen Bodens, als Verrat an Judentum und Zionismus. Scharon, jahrzehntelang „Vater der Siedlungsbewegung“, der noch vor Kurzem die Siedlungen im Gaza-Streifen als unverzichtbar für die Sicherheit Israels bezeichnet hatte, verwies nun auf die sicherheitspolitische Bürde dieser Siedlungen, denn der Schutz von etwa 7.000 Siedlern inmitten von 1,3 Mio. Palästinensern erfordert einen immensen militärischen Aufwand, kostet das Leben von Soldaten und bindet finanzielle Ressourcen. Auch der Hinweis Scharons, der unilaterale Rückzug schade vor allem den Palästinensern und verhindere weitere „Friedensinitiativen“ von dritter Seite, die Israel nur unter Druck setzen würden, konnte die Kritiker in den rechten Parteien nicht überzeugen.

Schließlich versuchte er mit dem Rückzug und der Aufgabe der Siedlungen im Gaza-Streifen eine weitgehende Sicherung der jüdischen Siedlungen in der Westbank zu verbinden. Es gelang ihm, von Präsident Bush durch einen Briefwechsel im April die schriftliche Versicherung zu erlangen, dass eine zukünftige Friedensregelung

- a) nicht den Rückzug auf die Grüne Grenze von 1949 bedeuten dürfe,
- b) die veränderten demografischen Fakten in den besetzten Gebieten berücksichtigen müsse und schließlich
- c) kein Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge nach Israel umfassen könne.

Von palästinensisch-arabischer Seite wurde der Brief des amerikanischen Präsidenten Bush als „zweite Balfour-Erklärung“⁶ geißelt. Wieder hatte eine Großmacht über die Köpfe der Palästinenser hinweg über ihre Rechte verfügt. Die Bush-Erklärung widerspricht dem Völkerrecht, das eine Beendigung der Besatzung fordert und unzweideutig das Rückkehrrecht der Flüchtlinge postuliert. Die geforderte Berücksichtigung der „demografischen Fakten“ bedeutet aus palästinensischer Sicht eine Legitimierung der völkerrechtswidrigen Siedlungen. Und schließlich konterkariert eine solche Erklärung mit der Präjudizierung möglicher Verhandlungsergebnisse nicht nur die Rolle der USA als „ehrlichen Makler“, sondern widerspricht auch dem Prinzip der Road Map, die alle Konfliktregelungen der gemeinsamen Vereinbarung in einem Friedensvertrag der Konfliktparteien vorbehält. Bush hat nach jüngsten Meinungsumfragen in den USA damit zwar im Präsidentschaftswahlkampf seine Zustimmungsrate unter der jüdischen und konservativ-evangelikalen Wählerschaft erhöhen können, doch faktisch wurde damit – trotz gegenteiliger Beschwörungen – die Road Map begraben und das Ende des Quartetts als politisch gestaltender Kraft besiegelt.

Dieser Kritik haben sich viele Staaten mehr oder weniger deutlich angeschlossen. Doch konnte nicht verborgen bleiben, dass die Initiative Scharons viele in ein Dilemma stürzte: Dem geplanten militärischen Rückzug und der Aufgabe von Siedlungen konnte kaum widersprochen werden, doch vor der kaum verhohlenen Absicht Scharons, für den Gaza-Rückzug weitgehende Zugeständnisse in Sachen Westbank und Flüchtlinge auszuhandeln, kann man auch nicht die Augen verschließen.

Statt eines „Gaza first“ bietet Scharon ein „Gaza only“ an. Die vollständige Kontrolle von Grenzen, Luftraum, Land- und Seezugang, Elektrizitäts- und Wasserversorgung etc. will sich Israel ohnehin vorbehalten. Nicht die Keimzelle eines lebensfähigen palästinensischen Staates liegt in der Absicht Scharons, sondern ein „Bantustan“ für 1,3 Mio. Palästinenser, ein „gigantisches Gefängnis mit Meeresblick“.

Dennoch unterstützen viele den Rückzugsplan in der Hoffnung, dass sich aus dem Scharon'schen Tabubruch von Gebietsaufgabe und Siedlungsräumung eine politische Dynamik entwickeln könnte, die auch zum baldigen Rückzug aus der Westbank und einer Zwei-Staaten-Regelung führt. Wer allerdings eine solche Dynamik vorantreiben sollte, bleibt angesichts der mangelnden Bereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft zur politischen Einflussnahme eine offene Frage. Auch wird verkannt, dass in der jüdischen Tradition natürlich Judäa und Samaria – so die israelisch-jüdische Bezeichnung für die Westbank – unzweifelhaft zu Eretz Israel gehören (Gaza nicht!). Ob der Rückzugsplan tatsächlich bis Ende 2005 umgesetzt werden wird, bleibt abzuwarten, denn die – inzwischen zerbrochene – Regierung Scharon hat dem Rückzugsplan nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass über die entscheidenden Fragen, nämlich die Aufgabe der jüdischen Siedlungen, zu gegebener Zeit gesonderte Regierungsentscheidungen herbeizuführen sind. Der Rückzug aus dem Gaza-Streifen erfreut sich jedoch in der israelischen Bevölkerung und im Parlament einer breiten Zustimmung, so dass damit gerechnet werden kann, dass in den derzeit laufenden Verhandlungen über eine neue Koalition unter Einschluss der Arbeitspartei von Schimon Peres der Rückzugsplan weiter betrieben wird. Eine neue Koalitionsregierung wird jedoch bestenfalls erst nach wochenlangen Verhandlungen zustande kommen, zumal insbesondere in der über den Rückzugsplan völlig zerstrittenen Likud-Partei die Opposition gegen eine Koalitionsregierung mit der Arbeitspartei stark ist.

Auch wenn im Quartett und der internationalen Gemeinschaft noch immer die Road Map als gültige Grundlage aller Friedensanstrengungen bezeichnet wird, darf nicht übersehen werden, dass der Rückzugsplan von Scharon ausdrücklich als Alternative zur Road Map konzipiert ist und sie faktisch „ausgehebelt“ hat. Durch die fast uneingeschränkte amerikanische Unterstützung ist es Scharon schon im Windschatten der Rückzugauseinandersetzungen auf jeden Fall gelungen,

- a) weitgehend ungestört den völkerrechtswidrigen Mauerbau fortzusetzen,
- b) die Führungskader aller militanten palästinensischen Organisationen fast völlig zu liquidieren,
- c) die völkerrechtswidrige Siedlungstätigkeit im Westjordanland unbehelligt fortzusetzen,
- d) die politische Führung der Palästinenser weiter zu marginalisieren.

1.7 Interne Kämpfe: Politische Entwicklungen in den besetzten Gebieten

In den palästinensischen Gebieten hat die Eskalation der Gewalt zu einer wachsenden Unterstützung für radikale, vorwiegend islamistische Gruppierungen wie der Hamas geführt. Die Autonomiebehörde ist durch interne Auseinandersetzungen politisch weitgehend gelähmt.

1.7.1 Domestizierung der Hamas?

Die islamistische Hamas, die immer gleichzeitig soziale, politische und terroristische Bewegung war, gewinnt besonders im Gaza-Streifen an Zulauf. Obwohl zunächst vor allem ihre gemäßigten Repräsentanten Ziel der außergerichtlichen Hinrichtungen durch israelisches Militär waren, hat sich ihr innerer Mäßigungsprozess fortgesetzt. Die Bewegung, die bislang quasi als außerparlamentarische Opposition in den besetzten Gebieten agierte, weil sie weder Israel noch das Oslo-Abkommen und die palästinensische Autonomiebehörde (PA) anerkannte, könnte sich möglicherweise bald in die Selbstverwaltungsstrukturen integrieren und an den nächsten Wahlen teilnehmen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine Zustimmung zu einem wie auch immer gearteten Waffenstillstand (hudna). Monatelange Verhandlungen mit Ägypten als Vermittler zwischen Hamas und PA führten bisher jedoch noch zu keinem sichtbaren Erfolg, was

- a) Auseinandersetzungen innerhalb der Hamas, zwischen Führung im Gaza-Streifen und Führung in Jordanien, und
 - b) der israelischen Liquidierungspolitik
- zuzuschreiben ist. Nach der physischen Eliminierung ihrer Führung würde in den Augen vieler Hamas-Aktivistinnen ein Waffenstillstand derzeit einem Eingeständnis der Schwäche gleichkommen.
- Der Rückzugsplan Scharons, der einen Rückzug aus dem Gaza-Streifen vorsieht, jedoch keinerlei Verhandlungen mit den Palästinensern über die Modalitäten einer Übergabe, hat die Diskussionen über die Machtverteilung erneut angeheizt. Denn insbesondere die PA wird nicht in der Lage sein, ohne Unterstützung und/oder Beteiligung der fundamentalistischen Kräfte für Recht und Ordnung zu sorgen. Es wurde deshalb auch teilweise vermutet, Scharon ziele mit seinem unilateralen Rückzug gerade auf die Schaffung einer solchen chaotischen Situation, um so die palästinensische Führung weiter zu marginalisieren und aufgrund des entstehenden Chaos und eines möglichen „Bürgerkriegs“ zwischen den Fraktionen die „Regierungsunfähigkeit“ der PA zu beweisen. Nach anfänglichen heftigen Auseinandersetzungen scheint sich ein Konsens zwischen Hamas, Fatah und anderen Gruppierungen anzubahnen, der auf die Schaffung gemeinsamer Verwaltungsstrukturen und eine Teilung der Macht zielt. Um die Organisation eines geordneten Übergangs sind insbesondere auch die Ägypter und Amerikaner bemüht, so dass man inzwischen von einem

unilateralen Rückzug kaum noch sprechen kann: Es wird verhandelt – aber zwischen den Israelis einerseits und amerikanischen und ägyptischen Vermittlern andererseits ohne direkte Beteiligung der Palästinenser. Die zentrale Frage ist die Beteiligung der Hamas. Ihre politische Stärke und ihre breite Unterstützung scheinen derzeit fast alle Beteiligten zu der Erkenntnis geführt zu haben, dass ohne Beteiligung der Hamas bewaffnete innerpalästinensische Auseinandersetzungen kaum zu vermeiden sein werden. Die Hamas muss auf irgendeine Weise in den Prozess einbezogen werden. Auch innerhalb der Hamas gewinnt offensichtlich die Überzeugung an Boden, dass nur eine Beteiligung auf Dauer Einfluss und Machtteilhabe sichern kann. Hamas-Führer haben ausdrücklich bekundet, dass kein Interesse an einem innerpalästinensischen Bürgerkrieg bestünde, sondern an einer geordneten Übergabe, die „Recht und Ordnung“ sichert. Ob die Integration in etwaige Selbstverwaltungsstrukturen und Beteiligung an Wahlen eher zu einer „Domestizierung der Hamas“ oder zu einer „Radikalisierung der PA“ führen wird, muss abgewartet werden. Diese Entwicklung der Hamas stößt aber natürlich auf internen Widerstand, denn ein derartiger Schritt würde einen Bruch mit der Politik der Nicht-Anerkennung der PA, quasi einen Verrat am fundamentalistisch-revolutionären Erbe der islamistischen Organisation bedeuten. Die interne Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen.

1.7.2 Von der Befreiungsbewegung zur Staatspartei: Die Fatah

Die Stärke die Hamas liegt aber auch in der Schwäche der PA und der Fatah begründet. Politische Initiativen der PA sind im Berichtszeitraum nicht zu beobachten gewesen, aktuelle politische Äußerungen waren im wesentlichen reaktiv. Auch auf den Gaza-Rückzugsplan hat die palästinensische Autonomiebehörde nach anfänglichem ungläubigen Staunen, dann Zweifeln an der Ernsthaftigkeit der Sharon'schen Pläne und heftiger Ablehnung nach dem Bush-Scharon-Briefwechsel erst langsam positiv reagiert. Sie hat ihre Entschlossenheit bekundet, die Entwicklung im Gaza-Streifen nach dem Rückzug in eigener Regie zu übernehmen, obwohl gerade dort nicht nur die Hamas stark ist, sondern auch der wahrscheinlich bedeutendste Widersacher Arafats, Mohammed Dahlan, der der Reformfraktion innerhalb der Fatah zugerechnet wird, an Unterstützung gewinnt.

Arafat ist – gerade nach seinem mehr als zweijährigen Hausarrest in Ramallah – als Symbol des palästinensischen Widerstands weiterhin die weitgehend anerkannte Galionsfigur. Ohne ihn tut sich nichts – allerdings leider auch mit ihm nicht. Seine politische Immobilität in internen Angelegenheiten blockiert fast jede politische Veränderung. Der nun schon lange andauernde Streit über die Neustrukturierung der unzähligen Sicherheitsdienste (man spricht von 12 bis 17) und deren Zusammenfassung zu drei Diensten, markiert hier nur die Spitze des Eisbergs. Wichtig erscheint, dass es hier nicht nur um die Reduzierung der Dienste geht, sondern um ihre Kontrolle, die Arafat bisher nicht bereit ist an einen starken Innenminister abzugeben, da dies eine weitgehende Entmachtung des Präsidenten bedeuten würde. Gerade in dieser Frage verliert Arafat aber auch in breiten Teilen der Bevölkerung an Unterstützung. Ein große Mehrheit will ihn nur in einer zereemoniellen Rolle als Staatsoberhaupt sehen und kritisiert seine politische Blockadehaltung.

Die PA und ihre tragende politische Kraft, die Fatah, sind vor allem durch interne Auseinandersetzungen über die zukünftige politische Strategie gelähmt. Es geht dabei vor allem um folgende Punkte:

- a) Die Schaffung einer von Arafat und seiner „alten Garde“ unabhängigen politischen Führung.
- b) Die Reform der unzähligen „Sicherheitsdienste“, deren Fäden bislang Arafat in den Händen hält.
- c) Der Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft gewinnt an Schärfe, doch Fortschritte sind nur in begrenzten Bereichen zu beobachten.
- d) Wahlen innerhalb der Fatah, um die Führung zu erneuern.
- e) Lokal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Hinter den Auseinandersetzungen über diese wichtigen Fragen verbirgt sich der Transformationsprozess der Fatah von einer Widerstandsbewegung zu einer politischen Partei. Diese Differenzierung innerhalb der Fatah, unter deren Dach bislang ein breites politisches Spektrum unter der Zielsatzung „nationale Befreiung“ vereinigt wurde, findet nicht ohne politische Kämpfe statt, zumal die Bewegung mitten in einem ungewissen Prozess der Staatswerdung steckt und vielfachen äußeren Einflüssen ausgesetzt ist.

Immer deutlicher bildet sich innerhalb der Fatah eine junge demokratische Fraktion heraus, die vehement auf Wahlen und Reformen drängt – gegen den heftigen Widerstand Arafats und seiner „alten Garde“. Sie hat durchgesetzt, dass nach 16 Jahren (!) innerhalb der Fatah endlich Wahlen durchgeführt werden. Die ersten „innerparteilichen“ Wahlen auf „Ortsverbandsebene“ haben inzwischen im Gaza-Streifen stattgefunden und so hervorragende Ergebnisse für die „Reformer“ gebracht, dass Arafat derzeit alles versucht, um diese Entwicklung zu stoppen. Für den Spätsommer sind in einigen ausgewählten Gemeinden auch Stadtratswahlen angesetzt. Die Frage, ob die 24 „Pilotgemeinden“ von der palästinensischen „Regierung“ tatsächlich ausgewählt wurden, weil dort wie behauptet am ehesten die Sicherheitssituation Wahlen möglich erscheinen lässt, oder ob die ausgewählten Gemeinden – nur ganz zufällig (!) – diejenigen sind, in denen eine ungefährdete Fatah-Mehrheit prognostiziert wird, werden erst die Resultate beantworten. Inzwischen sind die lokalen Wahlen „aus technischen Gründen“ auf November verschoben worden.

Die verschiedenen Konfliktlinien – zukünftige Rolle der Hamas, interne Machtauseinandersetzungen in der Fatah – kreuzen sich derzeit im Gaza-Streifen, weil dort

- a) Arafats Zugriff aufgrund seines Hausarrests in Ramallah begrenzt ist,

b) die Hamas besonders stark ist und

c) der möglicherweise bevorstehende Rückzug Israels die Machtfrage aktuell zuspitzt.

Ein weiteres Abdriften in „somalische Verhältnisse“ könnte nach weitverbreiteter Ansicht lediglich Mohammed Dahlan verhindern. Er gilt als starker Mann, als Widersacher Arafats, als Führungsfigur der „jungen Garde“ innerhalb der Fatah, als „Reformer“, der in den 90er Jahren nicht nur Sicherheitschef im Gaza-Streifen war, sondern auch Innenminister in der gescheiterten „Reformregierung“ Abbas. Keineswegs eine demokratische Lichtgestalt und in den letzten Jahren gewiss nicht ärmer geworden, doch offen und flexibel in der Kooperation mit der israelischen Besatzungsmacht und dem amerikanischen Geheimdienst, hat er es in den letzten Monaten verstanden, seine Position im Gaza-Streifen zu stärken. Als ehemaliger Chef der „preventive security forces“, einem der „Sicherheitsdienste“, wird er als Sieger der innerparteilichen Fatah-Wahlen angesehen. Ihm traut man – im Augenblick als einzigem – auch zu, für einen geordneten Übergang der Macht nach einem israelischen Rückzug sorgen zu können, zumal ihm gute Kontakte auch zur Hamas nachgesagt werden.

1.7.3 Eine „Dritte Kraft“? – Alternativen zu Hamas und Fatah

Zwischen islamistischer Hamas einerseits und „staatstragender“, aber weitgehend verfilzter bis korrupter Fatah andererseits, die in Meinungsumfragen beide jeweils 20–30% Zustimmung verbuchen können, hat sich bislang ein säkulare demokratische „Dritte Kraft“ nicht formieren können. Die zivilgesellschaftlichen oppositionellen Gruppierungen sind bislang zu zersplittert. Auch angesichts des noch weitverbreiteten klientelistischen und tribalen Wahlverhaltens großer Teile der Bevölkerung traut man ihnen kaum zu, die Stimmen reformorientierter Kreise zu sammeln und zu einer alternativen und politisch relevanten Kraft zu werden. Einig sind sich diese Kräfte in dem Ruf nach Wahlen und in der Kritik an der palästinensischen Führung (Arafat ausgenommen) wegen Korruption und Misswirtschaft, doch gehen die Meinungen bei der Haltung gegenüber der Genfer Initiative schon auseinander.

Die „unabhängigen Kräfte“ bestehen aus einer Reihe von zum Teil sehr angesehenen politischen Einzelakteuren, einige davon Mitglieder des Palästinensischen Legislativrats, die über Rückhalt in „ihren“ zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber nicht in breiten Bevölkerungsschichten verfügen. Parteien im westlichen Sinne sind hier unbekannt. Diese politischen Akteure sind bislang aus vielerlei Gründen zu einer Bündelung ihrer politischen Kräfte nicht in der Lage. Es gibt immer wieder diesbezügliche Initiativen, z.B. derzeit bei der Schaffung einer breiten organisatorischen Trägerschaft für Demonstrationen gegen den Mauerbau in Jerusalem. Doch es erscheint im Augenblick unwahrscheinlich, dass dies eine weitergehende kontinuierliche politische Kooperation zur Folge haben wird, die dann sogar zu einem gemeinsamen Auftreten bei Wahlen führen könnte.

Angesichts dieser organisatorischen und politischen Unfähigkeit zur Bündelung der politischen Kräfte halten viele Beobachter die Entwicklungen in der Fatah für die weitere politische Entwicklung für das entscheidende politische Moment. Gerade eine stärker werdende Reformorientierung der Fatah könnte die Wahlchancen für eine Dritte Kraft reduzieren. Letztendlich wird jedoch das Ergebnis von Wahlen ganz wesentlich von dem Wahlsystem abhängen. Ob ein Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht – oder eine derzeit favorisierte Mischform – für die nächsten Parlamentswahlen gelten wird, ist jedoch vom Palästinensischen Legislativrat noch nicht entschieden worden.

1.8 Fünftes Rad am Wagen: Die Rolle der arabischen Staaten

In den arabischen Nachbarländern der Konfliktregion hat die Entwicklung des Konflikts die breite Solidarität mit den Palästinensern verstärkt, doch politisch blieb dies im wesentlichen folgenlos. Der aufgrund einer saudi-arabischen Initiative zustande gekommene Beschluss der Arabischen Liga vom März 2002, der einem präzedenzlosen Friedensangebot an Israel gleichkam und der auf dem arabischen Gipfeltreffen im Mai 2004 in Tunis bekräftigt wurde, konnte keine friedenspolitische Wirkung entfalten, sondern wurde im wesentlichen von Israel und dem Quartett ignoriert. Man kann über den Einfluss der arabischen Staaten auf Verlauf und Substanz einer nahöstlichen Friedensregelung gewiss streiten. Die herablassende Ignoranz, mit der die saudische Friedensinitiative von den westlichen Industriestaaten behandelt wurde, wird allerdings auf die Mitgliedstaaten der arabischen Liga nicht gerade als Motivationsschub gewirkt haben.

Zwar unterstützen religiös-fundamentalistische arabische Staaten weiterhin finanziell ihnen ideologisch und religiös nahestehende Gruppierungen in den palästinensischen Gebieten, auch wenn dies inzwischen wesentlich schwieriger geworden ist, oder dulden dies zumindest stillschweigend. Doch eine breite Unterstützung, die der katastrophalen ökonomischen Entwicklung in den palästinensischen Gebieten Rechnung tragen würde, ist nicht zu verzeichnen. Auch politisch fühlen sich die PalästinenserInnen von den arabischen „Bruderstaaten“ weitgehend allein gelassen.

Durch den Rückzugsplan aus Gaza rückte die ägyptische Regierung in den letzten Monaten wieder mehr in das Zentrum des politischen Geschehens, da ihr insbesondere von amerikanischer Seite eine wichtige Rolle im Rahmen des Übergabeprozesses zugemessen wird. Ägypten soll als Vermittler zwischen Israel und den Palästina fungieren, um einen geordneten Übergang im Gaza-Streifen zu ermöglichen. Dies liegt insbeson-

dere auch im Eigeninteresse der ägyptischen Regierung, die ein Übergreifen möglicher Unruhen im Gaza-Streifen und eine Stärkung der Hamas befürchtet, weil dies zu einer Stärkung der fundamentalistischen Kräfte in Ägypten führen könnte. Neben der Mittlerrolle zwischen Israel und den Palästinensern übt die ägyptische Regierung weiterhin eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen den palästinensischen Gruppierungen aus, vor allem in der Ausarbeitung eines Waffenstillstandsabkommen zwischen den Gruppen. Inwieweit die ägyptische Regierung die ihr zugedachte Rolle wird ausfüllen können, kann derzeit kaum prognostiziert werden. Auch in den palästinensischen Gebieten sind wenige bereit, der ungeliebten ehemaligen Besatzungsmacht Ägypten eine so führende Rolle zuzugestehen, zumal die Regierung in Kairo ihr Engagement (Ausbildung der palästinensischen Polizei, stärkere Kontrolle der zukünftigen ägyptisch-palästinensischen Grenze am Südende des Gaza-Streifens, der so genannten Philadelphi-Road) von entscheidenden Reformschritten der palästinensischen Regierung abhängig gemacht hat.

2. Der Irak-Krieg und die Reformdebatte

In den autoritär bis diktatorisch regierten Ländern der Region ist die Stärkung der Demokratie eine wesentliche Komponente der Entwicklung zum regionalen und globalen Frieden, zu nachhaltiger Entwicklung, zu dauerhafter Stabilität und zur Umsetzung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Während sich die politisch herrschenden Eliten bisher als weitgehend resistent gegenüber Reform- und Demokratisierungsforderungen erwiesen haben, wächst in fast allen Ländern der Region der Ruf nach Reformen. Auch wenn der Irak-Krieg keine Demokratisierungswelle in der arabischen Region ausgelöst hat, so hat doch die Reformdebatte an Dynamik gewonnen.

2.1 Reaktionen auf den Irak-Krieg

Der Irak-Krieg hat den Entfremdungsprozess zwischen den westlichen Industrienationen und dem Mittleren Osten beschleunigt und intensiviert. Durch die mangelnde völkerrechtliche Legitimation des Krieges durch die UN, das Nichtauffinden von Massenvernichtungswaffen und durch den ausgebliebenen Nachweis für eine Kooperation zwischen dem Irak und Al Qaida fühlt man sich in der Region in seiner Analyse amerikanischen Hegemoniestrebens bestätigt. Besonders die Foltervorgänge im Gefängnis Abu Ghraib haben für die Glaubwürdigkeit der US-amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Region verheerende Folgen. Die Beseitigung des irakischen Diktators wird weitgehend nicht als Befreiung und Chance für einen demokratischen Neuanfang, sondern als (eine weitere) Niederlage der gesamten arabischen Nation empfunden. Die Schwierigkeiten der amerikanischen Besatzungsmacht werden zumindest mit „klammheimlicher Freude“ beobachtet, der Widerstand wird folglich auch vornehmlich als legitim angesehen.

Auch der „Kampf gegen den internationalen Terror“ wird zumeist nicht etwa als eine gemeinsame Notwendigkeit begriffen, zerstörerische Kräfte auch in der eigenen Gesellschaft zu bekämpfen, sondern als eine Bedrohung. Dazu tragen nicht nur Äußerungen aus dem „Westen“ bei – es wird immer häufiger von „islamischem/islamistischem Terror“, von „Islamofaschismus“, vom notwendigen „Kreuzfahrerzug“ etc. gesprochen und geschrieben –, sondern natürlich auch die Instrumentalisierung des Anti-Terrorkampfs durch arabische Eliten in der Auseinandersetzung mit innenpolitischen Gegnern. Von Bedeutung erscheint jedoch, dass in der Region – insbesondere in Palästina – nicht erkannt wurde, dass die Entwicklung dazu beigetragen hat, dass auch der „palästinensische Terror“ nun weitgehend als integraler Bestandteil des „internationalen Terrors“ begriffen wird. Diese übereinstimmende Einschätzung ermöglichte den Schulterschluss zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem israelischen Premierminister Scharon im Kampf gegen „den“ Terror – sei er palästinensisch, international, islamistisch, global oder regional. Das Symptom Terror wird von seinen durchaus unterschiedlichen Ursachenzusammenhängen losgelöst, seine Bekämpfung erfolgt ohne Berücksichtigung der sozialen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Entstehungsbedingungen. Diese politische „Umwertung“ und Veränderung der Sicht auf die Region nach dem 11. September und dem Irak-Krieg wird in den arabischen Staaten im allgemeinen nicht wahrgenommen, zumindest nicht als politisch-strategische Herausforderung. Die Verweigerung z.B. weiter Kreise der palästinensischen Führung und intellektuellen Eliten, terroristische Gewalt zu delegitimieren, der Unwillen vieler in der Region, zwischen legitimen und illegitimen Formen des Widerstands gegen die Besatzung – sei es in Palästina oder im Irak – zu differenzieren, und der Mangel an selbstkritischer Auseinandersetzung mit der jahrzehntelang nicht in Frage gestellten menschenverachtenden Herrschaft Saddam Husseins sind nur wenige Indizien für eine besonders ausgeprägte Zurückhaltung bei Selbstkritik.

Viele der im Vorfeld des Krieges von Gegnern oder Befürwortern geäußerten Prophezeiungen haben sich nicht realisiert. So ist weder der von der amerikanischen Regierung prognostizierte Demokratieschub – die Befreiung und Demokratisierung des Iraks werde Demokratisierungsprozesse im ganzen Nahen Osten auslösen („Domino-Theorie“) – eingetreten, noch zeichnen sich im Hinblick auf den Nahost-Konflikt die erhofften neuen Friedensperspektiven ab („Baghdad first“-Theorie: Erst die Befreiung Bagdads und die Demokratisierung des Iraks und des ganzen Nahen Ostens werden eine Lösung des israelisch-palästinensischen Regionalkonflikts ermöglichen. Die „Jerusalem first“-Schule dagegen plädiert für die prioritäre Regelung des Nah-

ost-Konflikts, denn erst ein Frieden mit Israel werde Chance für eine Demokratisierung der Region eröffnen.). Der Krieg ebenso wie die „vorsichtige Kooperation“ der meisten arabischen Regime mit der amerikanischen Kriegscoalition haben allerdings auch keine massenhafte Protestbewegung ausgelöst, durch die etwa die regionalen Regime ernsthaft erschüttert worden wären.

Die europäischen Staaten, die gegen den Irak-Krieg Positionen bezogen hatten, haben durch ihre Haltung in breiten Kreisen der Bevölkerung an Reputation gewonnen. Dieses Potential konnte allerdings bisher nicht aktiv genutzt werden, um grundlegende politische Veränderungsprozesse zu initiieren oder voranzutreiben. Die verstärkten Bemühungen um eine Intensivierung des „Dialogs der Kulturen“ werden durchaus wahrgenommen, doch wird häufig eine Dominanz sicherheitspolitischer Erwägungen unterstellt und das Ausbleiben konkreter politischer Folgen beklagt. Partnerschaft mit Europa als Gegengewicht zu den USA wird gewünscht – eine Erwartung, die Europa weder erfüllen kann, noch erfüllen will.

2.2 Die Reformdebatte

Mitte Februar 2004 wurde ein Strategiepapier bekannt, auf dessen Grundlage die US-Administration bei dem für Anfang Juni angesetzten Gipfel der größten Industrienationen (G8) die beteiligten Staaten für ein Programm umfassender und weitreichender Reformen in der als „Greater Middle East“ (die arabischen Staaten, Israel sowie die islamischen Staaten West- und Zentralasiens, im folgenden gemäß dem englischen Kürzel mit „GME“ bezeichnet) umrissenen Region gewinnen wollte. Unter Bezugnahme auf die in den Jahren 2002 und 2003 durch die Vereinten Nationen veröffentlichten „Bericht(e) zur menschlichen Entwicklung in der arabischen Welt“ (AHDR) skizzierte das Papier ein düsteres Bild der Situation in dieser Region (Israel ausgenommen) und folgerte: „So long as the region's pool of politically and economically disenfranchised individuals grows, we will witness an increase in extremism, terrorism, international crime, and illegal migration.“ Ein Szenario, so das Papier weiter, das die nationalen Interessen und die Sicherheit aller G8-Staaten bedrohe. Deshalb propagierte das GME-Projekt als Ziel, durch ein Paket von Reformen mit den Zielen „Promoting Democracy and good governance“, „Building a knowledge society“ und „Expanding economic opportunities“ das skizzierte Bedrohungsszenario zu entschärfen.

Die Veröffentlichung der Initiative erzeugte umgehend eine Flut von Reaktionen in der arabischen Welt, die in ihrer überwiegenden Mehrheit negativ ausfielen. Zurückgewiesen wurde der Plan besonders, da er ohne Beteiligung der arabischen Staaten und Eliten entworfen worden ist und auf einem Forum diskutiert werden sollte, zu dem die Staaten der Region keinen Zugang haben. Inhaltlich stießen sich viele Kommentatoren am Bild eines undifferenzierten „Bedrohungspotentials“, der weitgehenden Ausblendung des Nahost-Konflikts, die als implizite Aufforderung zur Integration Israels auch ohne eine einvernehmliche Lösung der Palästinafrage verstanden wurde, und der Propagierung von Wirtschaftsreformen, die an neoliberalen Konzepten orientiert seien und vor allem den Interessen westlicher und besonders amerikanischer Unternehmen dienen.

Die US-amerikanische Initiative und flankierende europäische Initiativen, die im Juni 2004 nach intensiven Verhandlungen und mehreren überarbeiteten Entwürfen zu einer mehr partnerschaftlich ausgerichteten Umorientierung der G8-Initiative für den „Broader Middle East“ geführt haben, stoßen dabei keineswegs in ein Vakuum. Der interne Druck auf Reformen, der seit den Anschlägen vom 11. September auf allen Ebenen zu spüren ist, wurde bereits seit längerer Zeit auf einer Vielzahl von innerarabischen Diskussionsforen thematisiert: So wurde im Januar 2004 eine „Regional Conference on Democracy, Human Rights and the Role of the International Criminal Court“ in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa abgehalten, publizierte der saudische Kronprinz Abdallah Ibn Abdelaziz im Januar 2003 eine zur Präsentation auf dem Gipfel der Arabischen Liga vorgesehene „Charter to Reform the Arab Stand“ und empfing er die saudischen Signatoren eines „National Reform Document“ in seinem Palast. Ein vom Generalsekretär der Arabischen Liga Amre Mussa vorbereitetes Konzept zur Reform der Arabischen Liga, das dem für Ende März in Tunis geplanten und später abgesagten arabischen Gipfel vorgelegt werden sollte, fand große Aufmerksamkeit in den arabischen Medien.

Die vom 12. bis 14. März durch die Bibliothek von Alexandria mit großem Aufwand organisierte Konferenz „Arab Reform Issues: Vision and Implementation“ stand dann deutlich im Zeichen der amerikanischen GME-Initiative und der dadurch ausgelösten Debatte in den Medien. Entsprechend betonten die Anwesenden und das Abschlusspapier die Notwendigkeit „von innen gewachsenen Reformen.“ Die weitreichenden Forderungen des Alexandria-Papiers (Reform des politischen Systems nach Prinzipien der Gewaltenteilung und des friedlichen Machtwechsels, Pressefreiheit, staatliche Verpflichtung auf Respekt für Menschenrechte, Förderung von Ausbildung und der Partizipation von Frauen) fanden ein überwiegend positives Echo in der arabischen Öffentlichkeit.

Einige Kommentatoren aus der arabischen Welt weisen jedoch mittlerweile zur Recht darauf hin, dass es auf beiden Seiten – der des sogenannten „Westens“, der seinen Einfluss geltend machen will, und der arabischen Welt, für die Reformen überlebenswichtig sind – nun um weitaus mehr als um papierene Initiativen und wohlformulierte Deklarationen geht. Die herrschenden Regime in der Region haben sich bislang nicht durch große Reformfreude ausgezeichnet. Die Auseinandersetzungen um und auf dem Gipfel der Arabischen Liga in Tunis (März/Mai 2004) und die Anwesenheit nur eines Teils der arabischen Staatsführer auf

dem G8-Gipfel haben deutlich gemacht, dass auf den Ruf nach umfassenden politischen Reformen von den herrschenden politischen und ökonomischen Eliten sehr ambivalent reagiert wird, weil natürlich wahrgenommen wird, dass die konsequente Umsetzung der Reformen letztendlich zum (demokratischen) „Regime Change“ führen würde. Reformen werden also nur willkommen geheißen, solange sie nicht die eigene Macht gefährden und für die Pflege des guten Verhältnisses zu den Industrienationen nötig sind. (Die Erfahrungen mit den „jungen“ arabischen „Thronfolgern“ in Jordanien, Syrien und Marokko sind im wesentlichen auch von der Enttäuschung über das Ausbleiben oder den äußerst schleppenden Verlauf der Reformen geprägt.) Dabei ist die Entwicklung von Widersprüchen gekennzeichnet: Es darf z.B. nicht übersehen werden, dass auf die Regierungen auch ein zunehmender Druck von oppositionellen fundamentalistisch-religiösen Kräften ausgeübt wird. Deren Vorstellungen von „Reform“ widersprechen denen der säkularen, an Demokratie und Menschenrechten orientierten Zivilgesellschaft diametral. Für sie hat der Ruf nach mehr Demokratie nur einen instrumentellen Charakter, um gottesstaatsähnliche Vorstellungen realisieren zu können. In einigen arabischen Staaten sind deshalb (vorsichtige) Reformbemühungen von oben am Widerstand religiös-fundamentalistischer Kräfte gescheitert oder sind zumindest blockiert worden: In Jordanien wartet ein relativ fortschrittliches, vom Königshaus initiiertes Familienrecht, das auch zur Stärkung der Frauen führen würde, seit langem auf die Bestätigung durch das Parlament. In Saudi-Arabien blockieren religiöse Kreise Lokalwahlen. Diese Beobachtung darf allerdings nicht dazu führen, dass man die (liberalen) islamischen Kräfte aus den Augen verliert, die sich ebenfalls glaubhaft gegen Korruption und Misswirtschaft, für Transparenz und Demokratie einsetzen und ihre religiösen Auffassungen von einem modernen, liberalen Islam durchaus mit demokratischen und menschenrechtsorientierten Staatsvorstellungen in Einklang bringen.

Der Irak-Krieg mit seinen Folgen, der Kampf gegen den internationalen Terror, die mangelnde Bereitschaft „des Westens“, zur Regelung des Nahost-Konflikts beizutragen, haben zu der wachsenden Skepsis bis Ablehnung jeglichen „westlichen“ Einflusses beigetragen. Die sogenannten Reforminitiativen von außen werden vielfach als neokoloniale Bedrohung einer eigenständigen Entwicklung, wegen der fortgesetzten Kooperation westlicher Staaten mit den autokratischen Regimen in der Region und den Folgen des Irak-Kriegs (etwa „Abu Ghraib“ oder der Boykott des demokratisch gewählten palästinensischen Präsidenten Arafat) als unglaublich und lediglich auf westliche Dominanz und auf Durchsetzung der Interessen der Industrienationen zielend empfunden. Die ungenierte Kollaboration – vor allem der USA, aber auch Europas – mit diktatorischen Regimen, wenn dies niedrigen Ölpreisen, der vermeintlichen politischen Stabilität, dem „Anti-Terrorkampf“ oder anderen strategischen Interessen dient, hat zu einem gewiss dramatischen Glaubwürdigkeitsverlust „westlicher“ Politik in den letzten Jahren geführt. Die Doppelmoral, mit der USA und EU im Nahost-Konflikt agieren trägt auch dazu bei (so werden jüngst vom Quartett der palästinensischen Autonomiebehörde wegen der grassierenden Korruption finanzielle Sanktionen angedroht, während der völkerrechtswidrige Mauer- und Siedlungsbau Israels mit dem „Partnership for Peace“-Angebot der NATO beantwortet wird). Eine Konditionierung der finanziellen Hilfen an die Konfliktparteien wird politische Wirkung nur entfalten können, wenn sie nicht einseitig angewandt wird.

Die Kritik an westlichen Reformforderungen dient natürlich reformfeindlichen Kräften als willkommenes Alibi für die eigene Reformunwilligkeit. Auch eine glaubwürdige westliche Politik würde diese autokratischen Regime nicht zur Avantgarde demokratischer Umwälzungen in der Region machen. Die politisch gefährliche Folge dieser westlichen Politik ist die Schwächung der demokratischen Zivilgesellschaften: Die seit Jahren für Demokratie, Menschenrechte und rechtstaatliche Reformen kämpfenden zivilgesellschaftlichen Akteure geraten in ein Dilemma: Ihre legitimen Forderungen werden angesichts dieser „antiwestlichen Stimmungslage“ durch die Unterstützung aus den westlichen Industriestaaten „kontaminiert“.

Die Zuspitzung des Nahost-Konflikts in den letzten Jahren erweist sich als ein wesentliches Reformhinderinis. Unabhängig von der – weitgehend akademischen – Frage, ob die Lösung des Nahost-Konflikts Voraussetzung für einen Demokratisierungsprozess in der Region ist oder erst ein demokratisierter Naher Osten zu einer friedlichen Konfliktregelung in der Lage sein wird, bindet der Konflikt gesellschaftliche, intellektuelle, politische und finanzielle Ressourcen und prägt die Beziehungen aller Staaten zur Region so stark, dass die „Reformfrage“ nicht von dem Konflikt losgelöst betrachtet werden kann.

Der exogene Reformdruck auf die arabischen Staaten wird wohl kaum steigen – die G8-Partnerschaftsinitiative sieht weder Sanktionsmechanismen noch Finanzmittel vor –, weil auch das strategische und ökonomische Interesse der Industrienationen an politischer Stabilität gegenüber dem Interesse an der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten überwiegt. So wird nach dem Scheitern der neokonservativen „Regime Change“-Vorstellungen und dem Ausbleiben einer Demokratisierungswelle nach der „Domino-Theorie“ nun auf eine mittel- bis langfristige angelegte strukturelle Veränderung gezielt, die die augenblickliche Stabilität nicht gefährdet. Zumal Ungewissheit darüber herrscht, ob ein wie auch immer herbeigeführter „Regime Change“ tatsächlich zu demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen in der Region führen würde. Wenn der Reformdruck von außen also begrenzt bleiben wird, kann der notwendige Reformprozess nur gelingen, wenn die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die auf Reformen drängen, in den Gesellschaften gestützt und gefördert werden.

Dabei müssen die durchaus unterschiedlichen Bedingungen in den Projektländern Berücksichtigung finden. So besteht in Palästina eine sehr vielgestaltige „Szene“ aus kleinen und großen Nichtregierungsorganisationen, die teilweise staatliche Aufgaben (etwa im Gesundheitswesen) erfüllen. Dazu gehören kommunalen

Initiativen, politisch mit einzelnen Fraktionen und Organisationen affilierte Vereinigungen, religiösen Institutionen aller Art. In Jordanien ist die zivilgesellschaftliche „Landschaft“ dagegen wesentlich übersichtlicher, da Aktivitäten im allgemeinen der Genehmigung oder zumindest stillen Duldung des Staates (Königshauses) bedürfen. In Ägypten haben viele Nichtregierungsorganisationen mit den restriktiven Maßnahmen der Regierung zu kämpfen. Der weiterhin geltende Ausnahmezustand erlaubt willkürliche Maßnahmen gegen politische missliebige Organisationen.

Eine weitere zentrale Frage des Demokratisierungsprozesses in den weitgehend patriarchalisch und teilweise auch tribal geprägten arabischen Gesellschaften stellt die Rolle der Frauen dar, ihr ungleicher Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten und ihre gesellschaftliche Diskriminierung. Geschlechterdemokratische Politikansätze sind für die arabische Welt weitgehend neu. Dennoch sind vielfältige Ansätze beobachten, um Frauen für die Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen zu motivieren und zu mobilisieren.

Veränderungen in allen Problemfeldern bedürfen der Öffnung der arabischen Gesellschaften. Die oft monolithisch geprägte Außensicht auf diese Region („die“ arabischen Staaten, „die“ islamischen Staaten, „die“ Mittelmeerländer etc.) korrespondiert in keiner Weise mit der Realität: Nicht nur stellen sich diese Länder bei genauerem Hinsehen als sehr unterschiedlich dar, es mangelt auch an einer nachhaltigen regionalen Interaktion in diesem Raum. Das betrifft nicht nur etwa den Handel, sondern gerade auch die zivilgesellschaftliche Ebene. Langsam erst entstehen Netzwerke, wird der Blick über den nationalen Tellerrand als notwendige Bereicherung und als zu nutzendes politisches Potential wahrgenommen. Die Reformdebatte könnte hier eine wichtige Funktion erfüllen.

Da Abschottung und exklusive Interessenwahrung gegenüber der arabischen Nachbarregion auf Dauer Stabilität und Frieden, eine nachhaltige Entwicklung und Wohlstand nicht werden sichern können, liegen die Förderung des Dialogs in der Region, aber auch die Bereitschaft zum Dialog mit der Region im Interesse Europas. Denn in Zeiten einer zunehmenden kulturellen und politischen Polarisierung zwischen westlichen und mittelöstlichen Gesellschaften können regionaler und internationaler Austausch, kultureller und politischer Dialog, wirtschaftliche und finanzielle Kooperation wesentliche Triebfedern des demokratischen Fortschritts und der gesellschaftlichen Veränderung sein. Der Arbeit der politischen Stiftungen kommt hier eine wichtige Funktion zu.

3. Ausblick

Die großen Hoffnungen und zum Teil euphorischen Erwartungen, die sich mit der Prinzipienklärung von Oslo 1993 verbanden, sind zehn Jahre später einer weitverbreiteten Hoffnungslosigkeit auf israelischer wie palästinensischer Seite gewichen. Dabei liegen die Konturen einer möglichen Regelung des Konflikts auf der Hand. Nicht zuletzt die Genfer Initiative vom Dezember 2003 zeigt sie detailliert auf. Zu ihrer Umsetzung fehlen derzeit allerdings der politische Wille der Regierungen in Jerusalem, Washington und von dem, was von der „Regierung“ in Ramallah noch übrig ist. Und es fehlt das Vertrauen in der israelischen wie in der palästinensischen Bevölkerung auf die Friedenswilligkeit und Friedensfähigkeit der jeweils anderen Seite. Eine politische Entwicklung, die diese destruktive Dynamik umzukehren in der Lage wäre, ist nicht in Sicht. Daraus ergibt sich der weitverbreitete fatalistische Glaube an die Unausweichlichkeit der gewaltsamen Auseinandersetzung.

Unangebracht ist die vage Hoffnung, dass die Zeit irgendwann für den Frieden „reif“ sei. Denn die israelische Okkupationspolitik des fortgesetzten Siedlungs- und forcierten Mauerbaus, die ökonomische Strangulierung der Gebiete, die militärische und politische Unterdrückung erhöhen nicht „nur“ das Gewaltpotenzial, sondern schaffen Tatsachen, die eine friedliche Regelung immer schwieriger machen. Die israelische Politik führt dazu, dass es irgendwann einmal für eine friedliche Lösung zu spät ist.

Die weltweite Gewöhnung an den Konflikt lässt befürchten, dass dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten werden wird. Die Einordnung des israelisch-palästinensischen Konflikts in den weltweiten „Anti-Terrorkampf“ verschließt zunehmend den Blick auf die genuinen Konfliktursachen und die Notwendigkeit, sich deren Beseitigung zuzuwenden. In der verhaltenen Freude, mit der im allgemeinen der Rückzugsplan Scharons behandelt wird, manifestiert sich neben dieser Hilflosigkeit auch das Unverständnis für die Konfliktodynamik. Zu einem Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden Frieden kann Scharons unilateraler Rückzugsplan aus dem Gaza-Streifen – entgegen der Absicht seines Urhebers – nur umfunktioniert werden, wenn international alles für eine friedenspolitische Dynamik getan wird, die Gaza zum Anfangspunkt der Beendigung der Besatzung palästinensischer Gebiete macht und dem schleichenden Annexionsmaßnahmen in der Westbank ein Ende bereitet. Eine der zentralen Aufgaben der nach den Auseinandersetzungen über den Irak-Krieg neu zu definierenden transatlantischen Beziehungen könnte deshalb darin bestehen, in arbeitsteiliger Kooperation gemeinsam eine derartige Dynamik in Gang zu setzen, um eine friedliche Perspektive für die Region zu eröffnen. Ansatzpunkte für eine solche Kooperation sind leider nicht ersichtlich.

Es steht zu befürchten, dass die Reforminitiativen der G8 und der NATO für den Mittleren Osten folgenlose Absichtserklärungen bleiben, da das Interesse an Stabilität in der Region das Interesse an der Durchsetzung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten übersteigt. Die autoritären bis diktatorischen Re-

gime in der Region sind durch die politischen Entwicklungen der letzten Jahre kaum ernsthaft erschüttert worden. Sie reagieren auf die Reformforderungen mit unterschiedlicher Flexibilität, um einerseits innenpolitischen Druck abzufangen und andererseits die Beziehungen zu den Industrienationen nicht zu gefährden. So sind derzeit Wandel und Veränderung nur durch eine nachhaltige Unterstützung der endogenen Reformkräfte zu erzielen. Der Irak-Krieg hat die Glaubwürdigkeit westlicher Politik in der Region weiterhin in Frage gestellt, die Konzentration des Westens auf die „Reformdebatte“ wird in den arabischen Ländern als Ablenkungsmanöver interpretiert, um die Untätigkeit im Hinblick auf ernsthafte Anstrengungen zur Regelung des Nahost-Konflikts zu verschleiern. Erst diesbezügliche Initiativen werden der Politik der Industriestaaten in der Region neue Glaubwürdigkeit verleihen können.

Anmerkungen

¹ Bernard Wasserstein (2003), Israel und Palästina – Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören?, Becksche Reihe, München, S. 8.

² vgl. dazu The World Bank, Twenty-Seven-Months – Intifada, Closures and Palestinian Economic Crisis: An Assessment, May 2003, Jerusalem.

³ Danny Rubinstein, „In electricity, Israelis and Palestinians stay connected,“ Ha'aretz, English edition, 8. April 2004.

⁴ siehe Fußnote 2

⁵ vgl. dazu www.genfer-initiative.de; die deutsche Übersetzung des Textes wurde vom Stiftungsbüro in Brüssel in einer Broschüre veröffentlicht. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat durch die Kooperation zwischen der Zentrale in Berlin und den Büros in Ramallah und Tel Aviv in unterschiedlicher Weise – Vortragsreisen, Abendveranstaltungen etc. – Aktivitäten der Genfer Initiative unterstützt.

⁶ 1917 versprach der britische Außenminister James Balfour der zionistischen Bewegung die Unterstützung der britischen Regierung für eine „jüdische Heimstatt“ in Palästina.